PLANUNGSVERBAND
REGION OBERLAND

NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Planungsausschusses am 25.07.2018
im Klosterhotel Ludwig der Bayer, Ettal

Tagesordnung:

1. **Bekanntgaben**
2. **Niederschrift der letzten Sitzung des Planungsausschusses vom 26.04.2018**
3. **Diskussion und Verwertung der Ergebnisse des Strukturgutachtens**
4. **Sonstiges**

Anwesend:	Verbandsvorsitzender Herr Landrat Josef Niedermaier Mitglieder des Planungsausschusses lt. Anwesenheitsliste
Entschuldigt:	Herr Bürgermeister Michael Asam, Peiting Herr Bürgermeister Thomas Holz, Kochel a. See Herr Bürgermeister Thomas Gründl, Bad Heilbrunn

Außerdem nahmen an der Sitzung teil:

Regierung von Oberbayern:	Herr Thomas Bauer, Regierung von Oberbayern Herr Thomas Bläser, in Vertretung der Regionsbeauftragten Cornelia Drexl Herr Dr. Matthias Wendt, in Vertretung der Regionsbeauftragten Cornelia Drexl
Vorsitz:	Verbandsvorsitzender Herr Landrat Josef Niedermaier
Planungsverband:	Frau Sabine Holzinger, Geschäftsführerin Frau Karin Steiner, Geschäftsstelle
Protokoll:	Frau Karin Steiner
Beginn der Sitzung:	10.03 Uhr
Ende der Sitzung:	12.15 Uhr
Anlage:	Anwesenheitsliste

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass sämtliche Mitglieder ordnungsgemäß geladen worden sind. Der Ausschuss ist **beschlussfähig**, nachdem die Mehrheit der Mitglieder bzw. der stimmberechtigten Vertreter anwesend ist.

Ebenso begrüßt Herr Landrat Anton Speer die Anwesenden und führt in die Entstehungsgeschichte der Bayerischen Landesausstellung 2018 in Ettal ein.

TOP 1: Bekanntgaben

Der Vorsitzende teilt mit, dass aus Gründen des Datenschutzes die Anwesenheitslisten zu den Sitzungen von der Homepage des Planungsverbandes genommen worden sind. Die Geschäftsstelle klärt derzeit ab, inwieweit die Niederschriften zu den Sitzungen weiter auf der Homepage abrufbar sein können.

TOP 2: Niederschrift der letzten Sitzung des Planungsausschusses vom 26.04.2018

Der Vorsitzende fragt nach, ob es Einwände gegen die Niederschrift der letzten Sitzung des Planungsausschuss vom 26.04.2018 gibt.

Beschluss:

Mit der Niederschrift über die Sitzung des Planungsausschusses vom 26.04.2018 besteht Einverständnis.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

TOP 3: Diskussion und Verwertung der Ergebnisse des Strukturgutachtens

Der Vorsitzende teilt mit, dass der Endbericht des Strukturgutachtens fertig gestellt sei und in den Kreistagen und Kreisausschüssen der jeweiligen Landkreise vorgestellt wurde. Der Endbericht wurde jedem anwesenden Mitglied des Planungsausschusses ausgehändigt. Die heutige Diskussion solle zeigen, welche Ergebnisse des Endberichtes in den Entwurf der Regionalplanfortschreibung übernommen werden. Als Diskussionsgrundlage wurde den Ausschussmitgliedern im Vorfeld eine Zusammenstellung der „Zentralen Ergebnisse des Strukturgutachtens als Diskussionsgrundlage für die Regionalplanfortschreibung“ übermittelt, welche die Vertreter der Regionsbeauftragten hierfür zusammengestellt haben. Der Vorsitzende

bittet Herrn Dr. Matthias Wendt und Herrn Thomas Bläser, die Themen dieser zentralen Ergebnisse auszuführen.

Hinweis: Das Dokument „Zentrale Ergebnisse des Strukturgutachtens als Diskussionsgrundlage für die Regionalplanfortschreibung" ist auf der Homepage des Planungsverbandes eingestellt.

Herr Dr. Matthias Wendt eröffnet die Ausführungen und hebt zu Punkt 2. „Öffentlicher Verkehr (Busverkehr und schienengebundener Verkehr)" hervor, dass dieser vorrangig zum Motorisierten Individualverkehr gestärkt und ausgebaut werden solle. In Bezug auf das Schienensystem und den Busverkehr komme das Strukturgutachten zu dem Ergebnis, dass die fehlende Ost-/West-Tangentialverbindung einen großen Mangel darstelle.

Herr Bürgermeister Josef Bierschneider möchte ergänzen, dass die Anbindung der touristischen Ziele herausgehoben werden solle. Auch die Ost-/West-Verbindung mit schienengebundenem Verkehr, alternativ auch mit Busverkehr, dürfe darin nicht fehlen.

Der Vorsitzende bestätigt, dass die Anbindung zu touristischen Zielen für viele Gemeinden der vier Landkreise von großer Bedeutung sei. Bezüglich des schienengebundenen Verkehrs weist der Vorsitzende darauf hin, dass die Forderungen realistisch aufgestellt werden sollten. Die Elektrifizierung der Pfaffenwinkel- und Oberlandbahn, wie auch die Erhöhung der Fahrzeugkapazität müsse als dringlich im Regionalplan aufgeführt sein. Ebenso sei die Forderung eines einheitlichen Tarifsystems absolut wichtig. Dazu werde es Beratungsbedarf geben, ebenso sei die Akzeptanz in den Kreistagen notwendig.

Herr Bürgermeister Jakob Eglseder entgegnet, ein Expressbus könne seiner Meinung nicht umgesetzt werden, da in einigen Abschnitten regelmäßig der Verkehr stocke. Ferner bittet er darum, alle Gemeinden mit Schienenanschluss des Landkreises Miesbach an die Bayerische Oberlandbahn anzubinden und einen MVV-kompatiblen Tarif einzuführen.

Herr Bürgermeister Albert Hadersbeck betont, die Attraktivität des Schienensystems hänge auch von dessen Geschwindigkeit ab. Durchgängig beschrankte Bahnübergänge würden die Geschwindigkeit der Züge deutlich erhöhen.

Frau Bürgermeisterin Magdalena Gröbmaier befürchtet, dass Ortschaften, welche nicht an den Öffentlichen Verkehr (ÖV) angebunden sind, nun in ihrer Entwicklung gehemmt werden. Der Ausbau von Bedarfsverkehren für diese Gemeinden müsse im Regionalplan deutlicher ausgeführt werden.

Der Vorsitzende entgegnet, dass Entwicklungen immer möglich seien, ausschließlich bei flächenmäßig größeren Entwicklungen müsse eine ÖV-Anbindung vorhanden sein. Ist dies nicht der Fall, muss ganz klar abgewogen werden, da jeder Mitarbeiter mit dem Auto zum Arbeitsplatz fahren werde. Wachstum durch örtliche Handwerksbetriebe, so der Vorsitzende, sei davon nicht betroffen.

Herr Dr. Matthias Wendt weist auf Seite 245 des Strukturgutachtens hin. Bei den Maßnahmen zu Bedarfsverkehren sei die Gemeinde Dietramszell unter den Räumen mit disperser Siedlungsentwicklung explizit aufgeführt. Die Schaffung weiterer Bedarfsverkehre sei integraler Bestandteil des Strukturgutachtens.

Frau Bürgermeisterin Dr. Sigrid Meierhofer zeigt sich erfreut über den Verweis zur Schaffung neuer Begegnungsabschnitte im Gutachten. Ein Bahnhaltepunkt am Kainzenbad in Garmisch-Partenkirchen wäre von wirtschaftlichem und touristischem Interesse, da damit das Klinikum mit 1.300 Mitarbeitern, sowie auch die Skisprungschanze und das Skistadion bedient werden könnten. Außerdem sollte eine Beschleunigung des Schienenverkehrs angestrebt werden. Wenn beispielsweise die Verbindung München - Garmisch-Partenkirchen in einer Stunde möglich wäre, wäre die Bahn auch für Pendler viel interessanter. Das Anliegen Bahnhaltestelle „Kainzenbad" würde auch in die Bewerbung um die Ski-WM 2025 aufgenommen werden.

Der Vorsitzende bestätigt die Notwendigkeit, Kainzenbad als zusätzlichen Bahnhaltepunkt in den Entwurf des Regionalplans mit aufzunehmen.

Herr Landrat Anton Speer bestätigt ebenso die Notwendigkeit dieses Haltepunktes, auch die Partnachklamm würde durch die Bahnhaltestelle „Kainzenbad" bedient werden. Er informiert den Planungsausschuss, dass der Verkauf der Grundstücke entlang der Bahnlinie im Bereich Eschenlohe, Huglfing und Murnau a. Staffelsee usw. ab sofort von der Deutschen Bahn eingestellt worden wäre.

Herr Bürgermeister Werner Weindl schließt sich der Wortmeldung von Frau Bürgermeisterin Magdalena Gröbmaier zum Thema Bedarfsverkehre an. Zum Schienenverkehr vertritt er die Meinung, dass die Strecke Lenggries - Holzkirchen unbedingt zweigleisig ausgebaut und allgemein die Elektrifizierung vorangetrieben werden solle.

Der Vorsitzende stimmt dem Thema Bedarfsverkehre zu und informiert über einen Besuch beim Städte- und Gemeindebund. Es wäre ein bundesweites Thema, wie die ländlichen Räume erschlossen werden könnten. Gemeinsam mit dem Verband der deutschen Taxi-Unternehmer wird nach Lösungen, u.a. auch durch digitale

Methoden wie Mitfahr-Apps gesucht. Er zeigt sich zuversichtlich, dass in den nächsten Jahren der Bedarfsverkehr schnell und effizient organisiert werden könne.

Herr Bürgermeister Peter Erhard fragt nach der Definition von flächenmäßig größeren Entwicklungen.

Herr Vorsitzender antwortet, dass eine organische Entwicklung jederzeit unproblematisch gesehen werde.

Herr Thomas Bläser fährt mit Punkt 3.*"Individualverkehr"* fort. Schlussfolgerung der Gutachter sei, dass Alternativen zum Motorisierten Individualverkehr (MIV) gefördert werden müssen. Es werde empfohlen, Ausbaumaßnahmen im MIV ausschließlich auf die Hauptverkehrsrouten zu beschränken, da dies mehr Effekt habe und u. a. auch dem Schleichverkehr vorgebeugt werden könne.

Herr Bürgermeister Werner Weindl fragt nach, ob die Hauptverkehrsrouten nach der Klassifizierung oder nach der Verkehrsbelastung ausgewählt werden. Staatsstraßen hätten seiner Meinung nach teilweise einen erheblichen Nachholbedarf im Ausbau.

Herr Thomas Bläser teilt mit, dass von den Gutachtern Bundesautobahnen, Bundesstraßen und teilweise auch Staatsstraßen einzelner Verbindungsabschnitte als Hauptverkehrsroute ausgewiesen wurden.

Der Vorsitzende bestätigt, dass auch Staatsstraßen zum Hauptverkehrsnetz zählen könnten und dann ebenso ausgebaut werden sollten. Im Detail wird dies im Regionalplan-Entwurf zu berücksichtigen sein.

Herr Bürgermeister Josef Bierschneider teilt mit, dass viele Strecken im Landkreis Miesbach für den Durchgangsverkehr genutzt würden, um Mautgebühren zu vermeiden oder Staus zu umfahren. Es sollte über die Autobahndirektion an den Autobahnausfahrten über digitale Schilder und über die Navigation erreicht werden, dass der Verkehr nicht mehr von der Autobahn abfahre. Er fragt nach, ob dieses Instrument der Verkehrslenkung in den Regionalplan aufgenommen werden könne.

Der Vorsitzende bestätigt, dass eine vorrangige Strecke angezeigt werden könne. Eine Strecke, auch wenn diese überlastet ist, werde jedoch weiterhin in der Navigation angezeigt.

Herr Landrat Anton Speer berichtet, dass durch die LKW-Mautgebühren ab 1. Juli 2018 der Verkehr auf den Staatsstraßen deutlich zugenommen habe, da viele nun die Mautstellen umfahren.

Herr Thomas Bläser führt den Punkt 3.2 *„Nicht-motorisierter Individualverkehr (NMIV)“* aus. Die Gutachter haben zahlreiche Verbindungsdefizite der Radwegeführung identifiziert, da Netzplanungen teils fehlen bzw. nicht aufeinander abgestimmt seien. Ebenso fehlen häufig Abstellmöglichkeiten an Umsteigepunkten und Schnittstellen zum ÖV. Aus diesen Erkenntnissen folgerten die Gutachter die Notwendigkeit einer regionsweiten, fach- und landkreisübergreifenden Planung von Vorrangnetzen und Verbindungen des Radverkehrs.

Frau Bürgermeisterin Magdalena Gröbmaier fragt nach, ob im Entwurf auch die Radwegestrecken benannt werden sollen, welche ausgebaut werden sollten.

Der Vorsitzende fragt in die Runde, ob im Regionalplanentwurf ein regionales Grundinfrastruktur-Radwegenetz enthalten sein soll. Die einzelnen bestehenden Radwegenetze seien schwer zusammen zu bringen.

Herr Thomas Bauer empfiehlt, ein regionales Radwegenetz vorerst als verbales Ziel klar zu formulieren, um die Bedeutung des Radverkehrs hervorzuheben.

Der Vorsitzende fügt dem hinzu, dass nach Verabschiedung des Regionalplanes gemeinsam ein Radwegenetz in Auftrag gegeben werden könne.

Herr Bürgermeister Peter Erhard fragt nach, ob es nicht doch möglich sei, dass die Regierung von Oberbayern anhand der bestehenden Karten und Radwegepläne der Landkreise ein übergeordnetes Radwegenetz erstelle.

Herr Bürgermeister Markus Loth verweist auf die Daten und Karten des Allgemeinen Deutschen Fahrrad Club e.V., dass zumindest Eckdaten in ein regionales Radwegenetz übernommen werden.

Frau Landrätin Jochner-Weiß vertritt die Meinung, dass die einzelnen Radwegenetze der Landkreise derzeit nicht im Entwurf des Regionalplans enthalten sein sollten, denkbar wären allenfalls noch die Radschnellwege. Nach der Fertigstellung des Regionalplanes sollte die Region das Ziel eines gemeinsamen Netzes umsetzen.

Herr Bürgermeister Josef Bierschneider entgegnet, übergreifende Strecken und Radschnellwege sollten im Regionalplan aufgenommen werden. Dies wäre für die Argumentation bei übergeordneten Stellen für die Realisierung sehr wichtig

Der Vorsitzende schlägt vor, dass vor der Fortschreibung eine Abfrage an die Landratsämter erfolge, damit übergreifende und touristische Radwege nicht vergessen würden. Die Planungsausschussmitglieder befürworten dies.

Herr Thomas Bläser fährt mit Punkt 5 *(Mobilität und Siedlung)* fort. Eines der wesentlichen Erkenntnisse des Gutachtens ist, Siedlungsentwicklung auf Hauptorte und Ortsteile mit Anbindung zum ÖV zu favorisieren. Ziel ist, die Räume und Ortsteile zu fördern, welche einen substantiellen Beitrag zur MIV-Vermeidung leisten können. Ebenso sollten Schwerpunkträume deutlich benannt werden.

Herr Bürgermeister Peter Erhard sieht das Thema Siedlungsentwicklung kritisch und befürchtet, dass das Kriterium „Schwerpunkt-Entwicklung" sich mit den Jahren zu einem harten Kriterium entwickelt, was sich dann negativ auf die Planungshoheit der Gemeinden auswirken werde.

Der Vorsitzende entgegnet, dass die Ergebnisse des Gutachtens hinsichtlich der Konzentration der Siedlungsentwicklung auf Innenbereiche ihre Berechtigung haben und es in der Verantwortung der Gemeinden liege, diese bei den Abwägungen mit einzubeziehen. Die kommunale Planungshoheit der Gemeinden bestehe weiterhin. Zudem spricht er sich für eine Art „Schwerpunkt-Karte zur Siedlungsentwicklung" aus, die dann auch Teil der Abwägung bei der Entwicklung sein soll.

Herr Landrat Wolfgang Rzehak hält das Ergebnis des Gutachtens im Hinblick auf die Stärkung der Innenbereiche und das Anbindegebot für berechtigt und unbedingt umzusetzen.

Frau Landrätin Andrea Jochner-Weiß stimmt Herrn Landrat Wolfgang Rzehak grundsätzlich zu, lehnt aber generelle Einschränkungen der Entwicklung einer Gemeinde ab. Im Ausnahmefall müsse auch eine Entwicklung im Außenbereich möglich sein.

Herr Bürgermeister Albert Hadersbeck fordert eine klare Differenzierung zwischen der Neuansiedlung eines Großbetriebes und der Entwicklung eines bestehenden Betriebes.

Herr Georg von Preysing merkt an, dass durch eine Innenraumverdichtung das Ortsbild stark verändert wird.

Der Vorsitzende betont, dass mit dieser Erkenntnis aus dem Gutachten sensibel umgegangen werden müsse und eine Form benötigt werde, damit dies jeder mittragen könne. Bei einer maßvollen Verdichtung solle der Dorfcharakter trotzdem erhalten bleiben. Die notwendige organische Entwicklung werde durch den Regionalplan nicht gebremst.

Herr Thomas Bläser fährt mit Punkt 6. „*Mobilität und Erholung/Tourismus*" der Tischvorlage fort.

Der Vorsitzende ist sich mit den Mitgliedern des Planungsausschusses einig, dass diese Punkte in den Entwurf des Regionalplans übernommen werden sollten.

Herr Thomas Bläser fährt mit Punkt 7 der Tischvorlage *„Elektromobilität und Sharing-Systeme"* fort.

Der Vorsitzende spricht zum Thema Elektromobiliät die Modellkommune e-GAP Garmisch-Partenkirchen an, worauf Frau Bürgermeisterin Dr. Sigrid Meierhofer ihre Erfahrungen kurz wie folgt zusammenfasst: Elektroautos seien über Land wegen der wenigen schnellen Ladepunkte nur als Zweitwagen denkbar. Die Elektrobusse seien nur bedingt für Kommunen mit größeren Höhenunterschieden geeignet. Bei den Elektrorädern sei ein großer Aufschwung bemerkbar.

Der Vorsitzende teilt mit, dass das Thema Elektromobilität dennoch in den Entwurf aufgenommen werden sollte.

Beschluss:

Der Planungsausschuss nimmt die vorgestellten zentralen Ergebnisse des Strukturgutachtens zustimmend zur Kenntnis und beauftragt die Regionsbeauftragte auf Grundlage dieser Ergebnisse, und den Anmerkungen der Sitzung, ein Konzept für die Fortschreibung der Regionalplan-Kapitel

- **Teil A „Überfachliche Ziele und Grundsätze",**
- **Teil B II „Siedlungswesen" und**
- **Teil B IX „Verkehrs- und Nachrichtenwesen"**

zu erstellen.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Zum weiteren Vorgehen teilen Herr Thomas Bauer und Herr Thomas Bläser auf Anfrage des Vorsitzenden mit, dass in der nächsten Sitzung ein Konzept für den Entwurf vorgestellt werden soll. Wenn dieses dort beschlossen wird, könnte ein Entwurf im Frühjahr 2019 ins erste Anhörungsverfahren gegeben werden. Voraussichtlich werden zwei Anhörungsverfahren notwendig sein. Möglicherweise könne bis Ende 2019 der Entwurf fertiggestellt werden.

TOP 4: Sonstiges

Der Vorsitzende teilt mit, dass die nächste Sitzung des Planungsausschusses am **26. November 2018** im Landratsamt in Bad Tölz stattfinde.

Der Vorsitzende stellt fest, dass keine Wortmeldungen mehr vorliegen und schließt die Sitzung um 12.15 Uhr.

Der Vorsitzende lädt alle Anwesenden zum gemeinsamen Mittagessen ins Klosterhotel, sowie zum gemeinsamen Besuch der Landesausstellung ein.

Bad Tölz, 10.09.2018

Josef Niedermaier, Landrat
Verbandsvorsitzender

Sabine Holzinger
Geschäftsführerin

Karin Steiner
Schriftführerin